

Bericht Vizepräsident Dr.-Ing. Eckart Rosenberger

Landesvertreterversammlung in Friedrichshafen am 26. November 2010

Als frisch gekürter Vizepräsident, war es zunächst mein erklärtes Ziel, auf ein besseres Verständnis zwischen freien, angestellten und beamteten Architektinnen und Architekten hinzuarbeiten. Die Geburtswehen von der Bildung der so genannten „Großen Kammer“ waren Anfang der 90er Jahre noch nicht ganz verheilt und es gab bekanntermaßen Gruppierungen Freier Architekten, die die Große Kammer lange Zeit verhindert hatten.

Heute kann ich mit Befriedigung feststellen, dass die gegenseitige Anerkennung und Wertschätzungen - von den üblichen Ausnahmen einmal abgesehen – in unserer Kammer durchweg gegeben ist.

Das ist natürlich nur zum Teil auf unsere Aktivitäten in dieser Zielrichtung zurückzuführen. Vor allem waren es wohl der stürmische Wandel der Gesellschaft und die veränderten Rahmenbedingungen für unsere Arbeit.

Verrechtlichung, Deregulierung und Privatisierung sind schließlich Entwicklungen, die allgemein schwer mit unseren baukulturellen Zielen in Einklang zu bringen sind.

Uns nach Tätigkeitsarten auseinander dividieren zu lassen macht in dieser Situation ohnehin keinen Sinn: So wie es den freien Architekturbüros geht, so gut oder so schlecht geht es auch den angestellten Kolleginnen und Kollegen. Dies kann man ablesen an den Ermäßigungsanträgen, die in gleichen Umfang von angestellten und freien Architektinnen und Architekten gestellt werden ebenso wie an reduzierten Beiträgen beim Versorgungswerk.

Die Auswirkungen dieser gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben meine Kammerarbeit wesentlich bestimmt. Auf den Punkt gebracht waren dies die Flut von neuen Gesetzen, Verordnungen

und Richtlinien ausgelöst von der Europäischen Union, die Einsparzwänge der öffentlichen Hand mit der Folge eines radikalen Stellenabbaus und Umbaus der Bauverwaltungen und die damit einhergehende Verlagerung von öffentlichen Bauprojekten auf Private wie Generalübernehmer oder Investoren.

Wohl alle Architektinnen und Architekten waren unabhängig von ihrer Tätigkeitsart direkt oder indirekt hiervon betroffen.

Wo z. B. der Bauherr öffentliche Hand nicht mehr durch Architekten vertreten ist, wird zunächst weniger und später hin gar nicht mehr mit freien Architekten geplant und gebaut. Beweise hierfür gibt es in unserem Land inzwischen genug.

Baukultur ist auch Verfahrenskultur. Wenn aber in den Verwaltungen bei Bund, Land und Kommunen zunehmend andere als Architektinnen und Architekten die Bauherrenfunktion wahrnehmen, wer soll sich dann noch für regelgerechte Wettbewerbe, faire Honorare, transparente Vergabeverfahren und für die klare Trennung zwischen Planenden und Ausführenden engagieren?

Diese Entwicklungen betreffen auch den Städtebau:

Stadtentwicklung und die Erneuerung unserer Zentren war und ist ohne privatwirtschaftliches Engagement nicht denkbar. Die Frage ist allerdings wer gegenwärtig in der Stadtplanung und Stadtentwicklung letztendlich das Sagen hat...

Die Kommunen sorgen inzwischen für best mögliche Rahmenbedingungen für Investoren, die ihrerseits mit ihren Wünschen und Forderungen immer stärker an Einfluss auf ganze Stadtteilentwicklungen nehmen.

Anstatt beschlossene städtebauliche Leitlinien und Rahmenpläne zu beachten und zu verteidigen, schlüpfen immer mehr Städte in die Rolle des Moderators unterschiedlicher Interessen. Übergreifende Planung, auf die keine Stadt verzichten kann, geht verloren im unverantwortlichen Interessenstreit.

Hier gibt es offensichtlich ein verändertes Verständnis von hoheitlicher Tätigkeit und öffentlicher Verwaltung. Wo früher ein verantwortlicher Stadtbaumeister oder Baubürgermeister wirkte, der selbstverständlich Architekt war, stehen in Großstädten in der Verantwortung für ein Projekt manchmal gleich mehrere Bürgermeister, einer für Städtebau und Baurecht, einer für Hochbau, einer für Umwelt gleichwertig nebeneinander und diese sind dann oft genug nicht einmal mehr Fachleute. Architekten und Stadtplanerpersönlichkeit werden in Führungspositionen bei Land und Kommunen immer rarer.

Bauverwaltungen werden abgeschafft oder sie werden zerschlagen, indem man die Ämter auf mehrere Dezernate oder Ressorts verteilt.

Wolfgang Riehle hat beim diesjährigen Sommerlichen Empfang im Architektenhaus vom 3. Konvent der Bundesstiftung Baukultur in Essen berichtet und den bekannten Berliner Kollegen Matthias Sauerbruch aus seiner dortigen Grundsatzrede zitiert.. Dieser sagte:

“Insbesondere in den großen und mittleren Städten hat der öffentliche Raum und das Öffentliche den städtischen Dezernenten oder Baudirektoren und ihren Teams sehr viel zu verdanken. Dass in Deutschland überhaupt eine Baukultur stattfindet, ist unter anderem dem Engagement der Thalgotts, Merks, Walters und Lüschers dieses Landes zu verdanken, die immer wieder hohe, auch persönliche Risiken eingehen, um Projekte voran zu treiben, die ohne ihre Vermittlung nie eine Chance hätten, realisiert zu werden.

Im Prinzip sind die Verwaltungen der wichtigste Sachverwalter des Öffentlichen den wir haben, weil sie zumindest theoretisch nicht von Legislaturperioden und der öffentlichen Meinung abhängig sind. Eigentlich müssten hier die besten Köpfe der Republik zum Einsatz kommen. In der Verwaltung müsste ein „Geist

der Exzellenz“ blühen, der sowohl die Politik als auch alle am Bau Beteiligten zu Höchstleistungen herausfordern müssten“.

Dem können wir nur beipflichten. Doch genau dafür gibt es viel zu tun..

In den 8 Großstädten in Baden-Württemberg sind überhaupt nur noch 3 Baubürgermeister Architekten- und Stadtplanerkolleginnen und -kollegen. Und diese Entwicklung hat auch längere Zeit schon die Mittelstädte erreicht..

Wenn aber zunehmend Baubürgermeisterstellen mit Juristen oder anderen Verwaltungsbeamten besetzt werden und dann darüber hinaus in der nächsten Ebene z. B. die Leitung des Stadtplanungsamtes mit einem Geographen oder Raumplaner besetzt ist und das Hochbauamt, soweit es überhaupt noch existiert, von einem Betriebswirt oder Haustechniker geleitet wird, so dürfte die baukulturelle Kompetenz solcher Stadtverwaltungen gegen Null gehen. Dort wird nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet.

Unser Berufsstand allein wird diese Entwicklung nicht zurückdrehen können. Zu viele haben sich daran vielleicht auch schon gewöhnt. Das Thema ist zu weit aus unserem Fokus geraten. Wir möchten deshalb unsere Kammerkruppen mobilisieren vor Ort darauf hinzuwirken, dass immer dann, wenn Positionen in der Bauverwaltung zur Disposition oder Neubesetzung anstehen, Einfluss zu nehmen.

Der Arbeitskreis a + b Architekten hat unter besonderem Einsatz seines Vorsitzenden ,Kai Fischer, zur Unterstützung einen Flyer entwickelt, mit dem auch Laien klargemacht werden kann, dass Architekten und Stadtplaner auf Grund ihrer Ausbildung besonders prädestiniert sind, Führungsaufgaben im Planungs- und Baubereich zu übernehmen. Aus Gesprächen und Reaktionen von Kommunalpolitikern auf eine Broschüre, die wir vor 18 Jahren zum gleichen Zweck entwickelt hatten, wissen wir, welcher Informationsbedarf hier allgemein besteht.

Setzen Sie den Flyer bei geeigneten Gelegenheiten gezielt ein.

Und wenn Sie spüren, dass bei der Besetzung solcher Stellen etwas in die falsche Richtung läuft und Abgeordnete, Stadt- und Kreisräte keine Resonanz zeigen, dann organisieren Sie Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden für und mit der Bürgerschaft. Machen Sie das Thema publik.

Durch solche Vorortveranstaltungen ,zu denen dann auch regelmäßig die Stadträte kommen, ist es z. B. in Schorndorf gelungen, die schon beschlossene Einsparung der Baubürgermeisterstelle wieder rückgängig zu machen. Und in Leonberg wurde so bewirkt, dass die schon eingesparte Stelle des Baudezernenten nach zwei Jahren wieder neu eingerichtet wurde.

Ich erinnere mich gern an die von der Kammergruppe Tübingen in diesem Jahr organisierte Podiumsdiskussion mit den 4 dort für die Neubesetzung der Baubürgermeisterstelle in die engere Wahl genommene Kandidaten. Der Saal des Museums war überfüllt. Und Bürger, Stadträte sowie der ebenfalls anwesende Oberbürgermeisters könnten sich am Ende ein gutes Bild von Fähigkeiten und Qualifikation der Kandidaten machen.

Auf Grund des intensiven Einsatzes der Freiburger Architektenschaft ist es dort schließlich gelungen, dem Oberbürgermeister vor seiner Wiederwahl die Zusage abzurufen, wieder eine Baubürgermeisterstelle einzurichten. Diese hatte er vor einigen Jahren selbst gestrichen. Einlösen sollte er sein Versprechen nun aber bald.

Welcher Stellenwert einer fachlich qualifizierten Bauverwaltung zukommt, belegen z.B. auch aktuelle Untersuchungen zu Public Privat Partnership-Maßnahmen. Während bei solchen Projekten bei Bund und Ländern und einigen größeren Städten mit Fachkompetenz in den Bauverwaltungen durchschnittlich befriedigende Ergebnisse erzielt werden, ist in Mittelstädten

und kleineren Kommunen genau das Gegenteil der Fall. Weil dort inzwischen vielerorts die kompetente Bauverwaltung fehlt, die in der Lage wäre solche Projekte richtig auszuschreiben, zu begleiten und zu überwachen.- eben auf Augenhöhe mit dem Investor zu verhandeln. Externe Berater verfolgen meist andere eigene Ziele...

PPP wird von der Bundesregierung weiterhin stark beworben, nachdem das Ziel, einen Anteil von 15% aller öffentlichen Bauvorhaben auf die Weise umzusetzen, bei weitem noch nicht erreicht ist.

Nach einhelliger Auffassung der PPP-Expertengruppe bei der Bundesarchitektenkammer -- mit nun mehr 6 Jahren Erfahrung—sollte ein PPP Vorhaben lediglich dann unterstützt werden, wenn der Nachweis seines wirtschaftlichen Vorteils gegenüber einer konventionellen Realisierung erbracht ist, und auch nur dann, wenn auf andere Weise ein Investitionsstau bei öffentlichen Bauvorhaben nicht behoben werden kann.

Ein kleines Buch mit dem Titel „PPP – Besser Planen“ von unserer Expertengruppe bei der BAK erarbeitet und gemeinsam mit dem BMVBS herausgegeben, zeigt Wege auf, wie bei PPP-Verfahren städtebauliche und architektonische Qualität erreicht und die Position von Architektinnen und Architekten gestärkt werden kann.

Nach diversen Pannen ist PPP in Baden-Württemberg eher auf den Rückzug. So mancher hat es inzwischen erfahren müssen: der Anteil der schwarzen Schwäne unter Investoren ist offensichtlich größer, als es die Biologie uns lehrt.

Dagegen sind Generalübernehmerprojekte, mit der Planung und schlüsselfertigen Erstellung öffentlicher Hochbauten aus einer Hand, im Vormarsch. Das sind dann die Projekte, die uns in der Wettbewerbsstatistik abhanden kommen.

Nun eine erfreuliche Feststellung. Als ich das Amt antrat, wurde ich immer wieder gefragt, warum ich mich denn ausgerechnet für die Kammer engagiere. Eine kritische Grundhaltung war bei Vielen deutlich spürbar.

Seit geraumer Zeit habe ich die früher oft gestellte Frage, „Was tut die Kammer eigentlich für uns?“ nicht mehr gehört und manch ehemals notorische Kritiker bekleidet inzwischen sogar ein Ehrenamt in unserer Kammer.

Ich denke, dieser Wandel liegt an unserem stark ausgebauten Dienstleistungsangebot, der guten Darstellung nach innen und außen und an politischen Erfolgen, denen der Berufsstand Anerkennung zollt.

Eine starke Rolle spielt inzwischen auch unser Versorgungswerk.

Als wichtige Einrichtung der Daseinsvorsorge und Altersversorgung wird es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten stärker wahrgenommen. Unter dem Vorsitz unseres früheren Vizepräsidenten Jens Mayer-Eming haben Verwaltungsrat, Anlageausschuss und Vertreterversammlung gemeinsam mit der Verwaltung durch verantwortungsvolles und kluges Handeln, das Schiff unbeschadet durch die Finanzkrise steuern können. Nach einer Umfrage nimmt das Versorgungswerk inzwischen bei den Gründen für eine Mitgliedschaft in unserer Kammer den 2. Rang ein, was die Verantwortlichen bestärkt und beflügelt.-----

Vor zwei Jahren habe ich bei der Landesvertreterversammlung in Feiburg erklärt, dass ich nicht noch ein Mal für das Amt des Vizepräsidenten kandidieren werde. Dies nicht etwa, weil ich des Amtes müde geworden wäre – das Gegenteil ist der Fall – und Herausforderungen gibt es heute mehr als Genug. Ich finde aber, dass es nach 5 Wahlperioden und im Alter von 66

Jahren Zeit ist, das Feld Jüngeren zu überlassen - Solchen, die in der Mitte des Berufslebens stehen, mit neuen Ideen und neuen Impulsen.

Was mir den Abschied heute leicht macht, ist die Kandidatur von Beatrice Soltys für dieses Amt. Als gestandene Architektin hat sie in den Hochbauämtern Heilbronn und an maßgeblicher Stelle in Ludwigsburg Beispielhaftes geleistet. Sie ist heute Baubürgermeisterin in Fellbach. Frau Soltys hat sich vielseitig in der Kammerarbeit engagiert und bringt auch von daher beste Voraussetzungen mit. Ich wünsche ihr für heute Nachmittag ein gutes Wahlergebnis und Erfolg und Befriedigung im neuen Amt.

Mir hat die Kammerarbeit Freude gemacht. Freude auch deshalb, weil sich die Zusammenarbeit am Ende nie verkürzt hat auf freie Architektinnen und Architekten auf der einen Seite und angestellte und beamtete auf der andern Seite. Das hat der Kammerarbeit Gewicht gegeben. Das geht auch wesentlich zurück auf die beiden Präsidenten Peter Schenk und Wolfgang Riehle, denen ich 8 und 12 Jahre zur Seite stand.

Sehr unterschiedlich in ihrer Art, waren bzw. sind sie hervorragende Vertreter unseres Berufsstandes - jeder in seiner Zeit.

Ich meine, unser Präsident ist ein Glücksfall für unsere Kammer. Sein zeitlich enormer Einsatz neben der Führung eines großen Büros ist weit größer als er für ein Ehrenamt angemessen wäre. Ein 150%-Präsident mit politischem Gespür und umsichtiger, stets anregender und frischer Führung. Über Deine Entscheidung lieber Wolfgang, noch einmal zu kandidieren habe ich mich gefreut.

Dies gilt zugleich für meine Kollegin und meinen Kollegen im Präsidium Eva Schlechtendahl und Sebastian Zoeppritz. Sie zeigten stets Verständnis für die Belange der a + b Architekten und haben mich in diesem Sinne in den berufspolitischen Leitlinien unterstützt - wie gleich sich Präsident und Vizepräsidenten stets als Vertreter aller Architektinnen und Architekten

verstanden haben.

Mein Dank gilt ihnen wie auch allen Mitgliedern des Landesvorstands.. Wir haben eine an Ergebnissen orientierte, konzentrierte Arbeitsweise entwickelt und so manchen Brocken bewältigen können.

Auch möchte ich dem Hauptamt Dank sagen. Frau Mertes und Herrn Morlock, mit denen mich die längste Zusammenarbeit verbindet, und Herrn Dieterle und Frau Mundorff, die seit nun mehr 10 Jahren hoch motiviert die Dienstleistungskammer leben, Dank für ihren Sachverstand und die stets freundlich konstruktive Zusammenarbeit.

Noch ein Wort zum Schluss. Im Zuge der allgemeinen Tendenz zur Deregulierung gerät auch das Kammerwesen immer wieder in die politische Diskussion. Und natürlich wird – wie bei der HOAI- dabei auch ins Feld geführt die Pflichtmitgliedschaft und die Kammern an sich seien mit europäischem Recht nicht vereinbar .Sie würden die Märkte für berufliche Dienstleistungen einschränken.

Die Schutzmechanismen für Architektur stehen jedenfalls immer wieder auf dem Prüfstand. Die Politik wird nicht müde, bewährte Instrumente der Qualitätssicherung in Frage zu stellen, ob nun die Honorarordnung, Vergaberegeln, die Pflichtmitgliedschaft und sogar das Recht zur Selbstverwaltung des Berufsstandes.

Wir müssen Zukunft gewinnen. Die Zukunft gewinnen heißt, unsere Selbstverwaltung weiter zu modernisieren. Unsere ständige Erneuerung mit 30% neu gewählter Mitglieder in der Landesvertreterversammlung bietet hierzu eine gute Voraussetzung.

Zukunft gewinnen heißt auch, Politikern und der breiten Öffentlichkeit immer wieder klar zu machen, was Planungs- und Baukultur für unsere Gesellschaft bedeutet..

Dies kann , davon bin ich überzeugt, niemand besser leisten als die Kammer in Form der Körperschaft Öffentlichen Rechts..

Welchen Politikern auch immer Kammern ein Dorn im Auge sein möge: 12.700 aus freien Stücken bei uns eingetretene Mitglieder sind allein schon ein überzeugendes Argument für Erhalt und Stärkung des Kammerwesens.

Und mit inzwischen zusammen 23.400 Mitgliedern ist die so genannte „Große Kammer „ tatsächlich zu einer großen Kammer geworden. Wir haben damit noch mehr an Gewicht für die politische Arbeit gewonnen. Und wer keine Politik macht, mit dem wird Politik gemacht. Unser Gewicht zu nutzen wird Aufgabe für die nächsten 4 Jahre sein.

Arbeiten Sie bitte alle – auch in stürmischen Zeiten – mit, damit möglichst viel von unseren berufspolitischen Zielsetzungen verwirklicht werden kann- damit Architekten auch in Zukunft gefragt sind !

Ich danke Ihnen